

Medienevent vom 9. Oktober 2024

Junge brauchen Perspektiven

Referat von Leana Waber, Vizepräsidentin Junglandwirtekommission (es gilt das gesprochene Wort)

Als junge Agronomin bin ich motiviert, den elterlichen Betrieb zu übernehmen. Doch das bedingt, dass ich langfristig planen kann und verlässliche Partner habe. Grundsätzlich verdienen wir Bauernbetriebe vier von fünf Franken mit dem Verkauf unserer Produkte. Aber zahlreiche Leistungen zugunsten von Umwelt, Tierwohl, Biodiversität oder Landschaftspflege sind darin nicht abgegolten, diese erbringen wir für den Staat und die Gesellschaft. Der Lohn dafür sind die Direktzahlungen. Deshalb sind die Politik und ihre Entscheide für uns doch sehr relevant.

Wir sind junge, motivierte Leute, die sich grundsätzlich darauf freuen in der Landwirtschaft Fuss zu fassen. Doch wir blicken auch sorgenvoll in die Zukunft. Nicht zu Unrecht, wie Sie in den vorangehenden Referaten gehört haben. Die soziale und wirtschaftliche Situation auf vielen Bauernbetrieben ist nicht rosig. Es wird immer mehr von uns erwartet, um zumindest gleich viel Geld in Form von Direktzahlungen zu erhalten. Das ist kein Fairplay. Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen. Unsere Betriebe dürfen nicht von der Substanz leben. Mehrleistungen können wir nur gegen eine entsprechende Entschädigung erbringen.

Mit der Betriebsübernahme verschulden wir uns in hohem Ausmass. Zusätzlich kommen laufend neue Investitionen dazu, welche getätigt werden müssen, um zeitgemäss zu wirtschaften. Da geht es um Investitionen, die wir über eine Generation wieder amortisieren müssen. In unserer Finanzplanung berücksichtigen wir nicht nur die potenziellen Einnahmen aus dem Verkauf unserer Produkte, sondern auch die Direktzahlungen gemäss der Agrarpolitik, also das Entgelt für unsere gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Und das perfide daran ist; Wenn die Direktzahlungen sinken, haben wir keine Möglichkeit, unsere Leistungen entsprechend zu reduzieren. Sonst verlieren wir jegliche Unterstützung.

Ohne junge Berufsleute mit einigermaßen gut aufgestellten und wirtschaftlich nachhaltig funktionierenden Betrieben, geht inländische Lebensmittelproduktion verloren. Obwohl auch diese ein Auftrag der einheimischen Landwirtschaft gemäss Bundesverfassung wäre. Je weniger wir selbst produzieren, desto mehr müssen wir importieren, was unseren konsumbedingten ökologischen Fussabdruck weiter verschlechtert.

Fazit: Die Kürzung, die der Bundesrat nun plant, ist für die nächste Generation in der Landwirtschaft nicht tragbar, unfair und gesetzeswidrig. Erstens, weil bestellte Leistungen damit nicht mehr angemessen bezahlt werden. Zweitens, weil die Landwirtschaft als wahrscheinlich einziger Bereich seit 20 Jahren gleich viel bekommt und damit keine Schuld am Ausgabenüberschuss hat. Und drittens, weil die Sparpläne gegen den Auftrag des Bundes gemäss Verfassung und im Gesetz verstossen.